

EINGEGANGEN 12. Nov. 2013

# **Interfraktionelle Resolution**

der Stadtverordnetenversammlung Rödermark  
vom 12. November 2013

## **LKW-Durchfahrtverbot in Urberach muss erhalten bleiben**

Mit Unverständnis haben die Fraktionen im Rödermärker Stadtparlament die Überlegungen des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP) vom 8. Oktober 2013 zur Kenntnis genommen, dass das im Zuge des Neubaus der B 486 im Bereich der Ortsumgehung Offenthal bestehende Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) über 4t innerhalb der Ortsdurchfahrt Urberach und auf der L3097 zwischen Urberach und Messel aufgehoben werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung Rödermark wird dies keinesfalls akzeptieren.

Aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung sprechen s eine ganze Reihe von Fakten gegen eine derartige Überlegung bzw. Entscheidung.

Hierbei sind u.a. zu nennen:

- Die Ortsdurchfahrt Urberach ist an der Grenze ihrer bautechnischen Belastungs- und Nutzungsfähigkeit angelangt. Hiervon zeugen bereits heute vorhandene Spurrillen, Längsrisse, Querrisse, Absenkungen rund um Kanalschächte, zerstörte Bordsteinkanten und Rinnenplatten.
- Ein durch Verkehrszählungen nachgewiesener ansteigender Verkehr in den letzten beiden Jahren und die dadurch notwendig gewordenen Optimierungen der Ampelanlagen durch das ASV/Hessen Mobil an mehreren Kreuzungspunkten zur Aufrechterhaltung eines vernünftigen und akzeptablen Verkehrsflusses.
- Die vorhandenen Fahrbahnbreiten, die nur bedingt für einen Begegnungsverkehr von Schwerlastverkehren geeignet sind und bei entsprechenden Begegnungen bereits heute den Verkehr teilweise zum Erliegen bringen.
- Die Befürchtung, dass durch die Aufhebung des Durchfahrtverbotes eine bereits feststellbare und vermehrt hervorgerufene Unfallsituation zusätzlich verstärkt wird.
- Die Gehwege, welche in längeren Abschnitten der L 3097 lediglich eine Breite von 40 - 60 Zentimeter aufweisen und damit durch zusätzliche Schwerlastverkehre zu einer massiven Bedrohung für Fußgänger und sonstige Verkehrsteilnehmer führen könnte.
- Die zu erwartenden Zusatzverkehre, die bereits heute zu einer kaum noch zu ertragenden erheblichen Belastung der Anwohner durch Lärm, Abgase und Erschütterungen führen.

- Eine Reduzierung der Einkaufsqualität in den Bereichen Darmstädter, Konrad-Adenauer-und Traminer Straße, die die Gewerbetreibenden in diesen Abschnitten über Gebühr belastet.

Aus Sicht der Stadtverordneten der Stadt Rödermark ist es daher oberstes Ziel, derartige Pläne und Überlegungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark begrüßt, dass der Magistrat sämtliche Rechtsmittel zur Verhinderung der Aufhebung des LKW-Durchfahrtverbotes ausschöpft.

Ziel sollte es sein einen regionalen Dialog zur Abstimmung aller Lkw-Durchfahrtsverbote in den Bereichen der Landkreise Offenbach, Darmstadt-Dieburg, Odenwald und der Stadt Darmstadt durchzuführen. Dabei sollte auch eine umgehende Neubewertung der Ortsdurchfahrt Urberach im Hinblick auf die Lärminderungsplanung im Fokus stehen.

Für die im Stadtparlament vertretenen Fraktionen

-Die Fraktionsvorsitzenden-

Michael Gensert  
CDU

Stefan Gerl  
AL/Die Grünen

Stefan Junge  
SPD

Tobias Kruger  
FDP

Manfred Rädlein  
Freie Wähler Rödermark

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung: **Einstimmig**

Enthaltung: